

# Fachausschuss „Alter und Pflege“

–ri– Die erste Sitzung des Fachausschusses „Alter und Pflege“ im Jahr 2020 war zugleich die vorerst letzte, die in gewohnter Form in der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins in der Michaelkirchstraße 17/18 in Berlin stattfand. Die folgenden drei Sitzungen waren in Form und Inhalt geprägt von der Corona-Pandemie, durch die Treffen in Präsenz nicht mehr möglich waren. Im Mai, August und Oktober tagte der Fachausschuss aus diesem Grund im virtuellen Raum im Format Videokonferenz und zeitlich verkürzt. Diese Art der Durchführung eines Fachausschusses war neu und zunächst ungewohnt, doch nur so war es möglich, die geplanten Gremiensitzungen durchzuführen.

Doch nun der Reihe nach: Vier Themen standen im Februar auf der Tagesordnung. Aus Flensburg berichtete Heidi Lyck (Sozial- und Altenhilfeplanung Stadt Flensburg) aus dem Projekt „Präventive Hausbesuche“. In der Diskussion entstand die Idee einer Arbeitsgruppe oder Werkstatt „Präventiver Hausbesuch“ zur Entwicklung abgestimmter länderübergreifender Konzepte. So könnten die Ergebnisse der unterschiedlichen Modellprojekte sowie die Erfahrungen der in einigen Kommunen und Ländern regelfinanzierten Angebote gebündelt, stärker sichtbar und in der Praxis nutzbar gemacht werden. Dr. Renate Kuhn (DGB-Bundesvorstand) stellte die Vorschläge des DGB zur Professionalisierung haushaltsnaher Dienstleistungen vor. Vorgeschlagen wird eine staatliche Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen nicht mehr über Steuervergünstigungen, sondern über ein Gutscheinsystem. Damit soll insbesondere der hohe Schwarzmarktanteil gesenkt, aber auch die Erwerbsbeteiligung von Frauen gesteigert werden. Aus Nordrhein-Westfalen prä-

sentierten Jörg Marx (Sozialamt der Stadt Mülheim an der Ruhr) und Egbert Steinhoff (Seniorenbüro der Stadt Beckum) Überlegungen und Ideen zur Finanzierung der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit. Im Kern wird eine pauschale Abgeltung von einem Prozent der Einnahmen aus der Pflegeversicherung pro Versicherten an die Kommunen vorgeschlagen, was lebhaft und kontrovers diskutiert wurde. Abschließend berichtete Andrea Weskamm (Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V.) aus dem Projekt „Community Health Nursing“, hier werden seit 2018 mit drei Hochschulen Curricula auf Masterniveau entwickelt. Ab 2020 soll erstmals ein studierfähiges Angebot an den Universitäten eingeführt werden. Nach dem Abschluss des Masterstudiengangs kann die Community Health Nurse ein großes Aufgabenspektrum erfüllen und weitreichende Zuständigkeiten erhalten.

Die Auswirkungen der COVID-19 Pandemie waren in den online durchgeführten Sitzungen des Fachausschusses im Mai und August 2020 Thema. Im Mai stand zunächst der Austausch zwischen den Mitgliedern auf der Tagesordnung. Einleitend berichtete Dr. Albert Kern (BMG) zu den aktuellen Entwicklungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Pandemie. In der Diskussion wurden insbesondere die Besuchsregelungen in Pflegeheimen thematisiert. Außerdem wurde gefordert, die ambulante Versorgung Pflegebedürftiger stärker in den Blick zu nehmen. Kontaktbeschränkungen und Besuchsregelungen in stationären Einrichtungen der Altenpflege standen im August erneut auf der Tagesordnung. Diskutiert wurden Rechts- und Haftungsfragen auf der Grundlage eines von der Vorsitzenden Brigitte Döcker und Konstanze Rothe,

wissenschaftliche Referentin im Deutschen Verein, gemeinsam verfassten Papiers. Deutlich wurde das Spannungsverhältnis zwischen Schutzauftrag auf der einen und Freiheitsrechten auf der anderen Seite. Weitere Themen waren das wissenschaftlich fundierte Verfahren zur einheitlichen Bemessung des Personalbedarfs in stationären Pflegeeinrichtungen, das Prof. Dr. Heinz Rothgang (Universität Bremen) präsentierte, sowie die Vorstellung der Nationalen Demenzstrategie durch Dr. Anneli Rühling (BMFSFJ) und Nils Dahl (BMG). In der Oktober-Sitzung wurden die Positionen und Empfehlungen zur Weiterentwicklung und nachhaltigen Finanzierung der Pflege beraten und beschlossen. In den vorherigen Sitzungen hatte die Vorsitzende der AG Pflegefinanzierung, Dr. Elisabeth Fix, regelmäßig über Inhalt und Arbeitsprozess berichtet. Nach der konstituierenden Sitzung im Dezember 2019 und einer weiteren im Februar 2020 in der Geschäftsstelle musste auch die AG ihre Arbeit in Videokonferenzen fortsetzen. Das Papier wurde vom Präsidium am 24. November 2020 beraten und beschlossen. Der letzte inhaltliche Beitrag des Jahres 2020 kam von Andreas Burkert (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen), der das Förderprogramm „Miteinander und nicht allein!“ vorstellte. Ziel des Programms ist es, bestehende Pflegeeinrichtungen zu Anlaufpunkten für ältere Menschen in der direkten Nachbarschaft zu entwickeln. Gefördert werden Projekte zur Etablierung von Beratungs- und Informationsstrukturen, zur systematischen Kontaktaufnahme zu Menschen außerhalb der Pflegeeinrichtung oder zur Entwicklung von Teilhabeangeboten.